

Feststellung des Dresdner Haushaltplanes

Erhöhung der Feuererschußsteuer — Kein Abbau der Regiebetriebe — Ablehnung des Nachtragsetats — Streit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten — Räumung der Tribüne

Dresden, 7. Juli.

Die letzte Sitzung der Stadtverordneten vor den Ferien, die die Verabschiedung des Haushaltplanes und die Erledigung der in den früheren Sitzungen zurückgestellten Vorlagen bringen sollte, war von Anfang an durch endlose Reden der Kommunisten gekennzeichnet.

Als dann die Redezeit auf 15 Minuten herabgesetzt wurde, klangen die Reden immer drohender und der Vorsteher hatte große Schwierigkeiten, immer und immer wieder die Tribüne zur Ruhe zu ermahnen.

Im Sitzungssaal selbst waren beinahe Tätlichkeiten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten entstanden, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung gegen 11 Uhr gab der Vorsteher eine scharfe Erklärung gegen die systematische Hebe der Kommunisten ab und verwies darauf, daß bereits Stadtverordnete auf offener Straße von den kommunistischen Anhängern mit Schimpfwörtern bedacht worden sind.

Nachdem die Kommunisten ihre Reden zur Tribüne nicht mehr halten konnten, erfolgte die Erledigung der Punkte der Tagesordnung ziemlich rasch, so daß gegen 1/2 Uhr vormittags die öffentliche Sitzung geschlossen und in die nichtöffentliche eingetreten wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde für die Gruppe Handwerk, Handel und Gewerbe und die Zentrumspartei folgende Erklärung zum Haushaltplan abgegeben:

Die schwierige Klassenlage der Stadt Dresden Ende vorigen Jahres, der hohe Stand der kurzfristigen Kredit, das starke Anwachsen der Anleiheverschuldung überhaupt und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung einer unbedingt notwendigen weiteren Anleihe werfen ein grelles Licht auf die Finanzlage der Stadt Dresden.

Wir weisen darauf hin, daß durch die Umwandlung der städtischen Betriebe in Aktiengesellschaften die Kreditfähigkeit der Stadt Dresden als solche lediglich noch getragen wird von der Steuerkraft seiner Bevölkerung.

Von Seiten des Rates hat zum Beispiel der Markstall eine unbillige Förderung erfahren, die auf schwerste Verurteilung verdient, weil der Markstall dadurch eine Ausdehnung angenommen hat, die zu einer schmerzlichen Bedrohung der Existenz des eingesehnen Fuhrgewerbes geworden ist.

Aus der ewigen Stadt

R. v. Fr. Rom, 3. Juli.

Pius XI. empfing dieser Tage den Verband katholischer italienischer Ärzte in Sonderaudienz, unter denen sich Professoren der Universitäten Rom, Neapel, Florenz usw. und bekannte medizinische Kapazitäten aus Venedig, Ferrara, Novara und Bari befanden.

Man muß volle Hochachtung vor der wahren und ehrenhaften Wissenschaft haben, aber wenn unter wissenschaftlichen Namen unmoralische Handlungen zugelassen werden sollten und solche, die geradezu der menschlichen Natur widerstreiten, dann

Betroffenen zu einer Anstalt ausgebaut werden, die in ihren letzten Auswirkungen auf eine Vernichtung selbständiger Existenzen in Dresden hinauslaufen müßte.

Im Handelsauschuß des Preussischen Landtages ist in den letzten Tagen ein Antrag mit Hilfe der bürgerlichen Stimmen angenommen worden, die die Genehmigung zum Neubau von Warenhäusern an die Bedürfnisfrage knüpfen will.

Derartige Beispiele lassen sich noch beliebig vermehren. Drängt sich da nicht unwillkürlich die Frage auf: Ist dem Rate zu Dresden die Notlage weiter Wirtschaftskreise nicht bekannt und geht ihm jedes Verständnis dafür ab, daß er mit solchen Maßnahmen die Steuerkraft seiner eigenen Bevölkerung unbedingt gefährdet?

Wir verlangen vom Rat Vorschläge und Maßnahmen, daß ohne Erhöhung von Steuern durch äußerste Sparsamkeit die Finanzen der Stadt in Ordnung gebracht werden.

Die vorgeschlagenen neuen Steuern, Musikinstrumentensteuer, Rohensteuer usw. müßten z. T. als wirtschaftlich und kulturfeindlich, zum anderen Teil, da sie die Einwohnungskosten haum gedeckt hätten, abgelehnt werden.

Die Maßnahmen, die für den Ausgleich des diesjährigen Haushaltplanes vorliegen, genügen nicht. Wir verlangen 1. Verkauf von unrentablen Vermögenswerten der Stadt Dresden, um die Liquidität der städtischen Finanzen zu bessern; 2. Abbau der städtischen Regiebetriebe (abgesehen von Monopolbetrieben), gegebenenfalls werden wir eine Revision der Rentabilität dieser Betriebe durch eine Treuhändergesellschaft oder das Rechnungswesen verlangen; 3. äußerste Sparsamkeit sämtlicher Geschäftskosten.

Der finanziellen Auseinandersetzung zwischen der Stadt Dresden und dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dresden wegen Eingemeindung mehrerer Bezirksamte wurde zugestimmt. Die Stadt hat in der Folge an den Bezirksverband eine Entschädigung von ca. 500 000 Mark zu bezahlen und übernimmt dafür die Bezirksanstalt Leuben sowie das Bezirksheim auf dem Heideberg.

Die Feuererschußsteuer für je 1000 Brandversicherungsseinheiten wurde mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten von 21 auf 25 M. erhöht.

Die Anträge, die sich mit der Notlage des privaten Fuhrgewerbes, besonders verfrachtet durch die Verwendung des städtischen Markstalls, beschäftigen und die bezwecken, den Pferde- und Wagenbestand herabzusetzen sowie die städtischen Vergebungsstellen anzumehmen, eine einseitige Bevorzugung des Markstalls bei Vergabung von Fuhrungen zu unterlassen, wurden ebenfalls mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt.

Eine längere Aussprache entspann sich über die Konten „Schulen“, zu denen die Kommunisten eine große Reihe von Erhöhungen, u. a. auch Streichung des Gehaltes des Stadtschulrates Dr. Hartmann beantragten.

Nachdem noch Anträge auf Nachprüfung des ordentlichen Bauauswandes der Schulen und auf eine angemessene Herabsetzung des Milchpreises für die Schulkindererpflegungen angenommen worden waren, erfolgte die Annahme dieser Konten entsprechend dem Vorschlage des Finanzausschusses.

Besonders lange wurde der „Wohlfahrtsetat“ von den Kommunisten behandelt, die hier fast alles unzulänglich bezeichneten. Der sozialdemokratische Redner Dr. Freund glaubte

muß man es als trostlich empfinden, daß im ärztlichen Stande sich die Scharen derjenigen mehren, die nicht nur nachdenken, sondern auch ihren Studien obliegen und ihre Praxis ausüben, mit dem Blick auf unsere ewige Bestimmung, auf die geistigen Werte und auf Gott.

Zu den großartigsten Monumenten, welche noch nach Jahrhunderten in Rom an das goldene Priesterjubiläum Pius XI. erinnern werden, gehört der gemauerte Neubau der päpstlichen Universität der Gregoriana. Bei der Audienz der Klummen aus aller Welt, welche an der Gregoriana studieren, die am 10. d. M. im Cortile di San Damaso stattfand, konnte der General der Jesuiten, Vater Ledochowski, dem Hl. Vater melden, daß der Neubau der Gregoriana für die theologischen, philosophischen und juristischen Fakultäten in nächster Zeit beendet sein werde.

bei dieser Gelegenheit an die Einsicht der Kommunisten appellieren zu sollen und sie zu gemeinsamen Kampf gegen die bürgerliche Reaktion auffordern zu müssen, holte sich aber von den Kommunisten eine Abfuhr, die er wohl nicht so leicht vergessen wird und die dann auch in der Folge zur Räumung der Tribüne führte.

Nachdem dann noch die übrigen Titel des Haushaltplanes beraten worden waren, erfolgte die

Abstimmung über den Gesamthaushaltplan, dessen Fehlbetrag dem Kollegium noch nicht einmal gesagt werden konnte, der aber infolge der neuzuzugewonnenen Erhöhungen verschiedener Positionen, der Ablehnung der Musikinstrumentensteuer usw. und Nichtannahme der Einsparungsvorschläge des Stadtrates zur Zeit mindestens 6 Millionen Mark betragen wird.

Angenommen wird dann noch das Ortsgesetz über die Einverleibung von Omschwitz nach Dresden entsprechend den Vorschlägen des Rates.

Ein Antrag, der Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffen will und der erstrebt, während der Stadtverordnetenferien einen aus Ratsmitgliedern, Stadtverordneten sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bestehenden Ausschuss einzusetzen, wird in sofortiger Schlußberatung angenommen.

Zwei Anträge der Hausbesitzergruppe, wonach bei der Feuererschußsteuer der Aufhebungsberechtigte der verhöferten Pauschalstellen steuerpflichtig sein und der Wasserzins als eine Nebenleistung im Sinne des Reichsstatutengesetzes erklärt werden soll, gehen an den Ratsauschuß.

Anträge der Kommunisten, allen Pflichtarbeitern die Tariflöhne der städtischen Arbeiter zu zahlen und Zwangsmaßnahmen gegen Wohlfahrtserwerbslose, die Pflichtarbeiten ablehnen, nicht zu unternehmen, erledigen sich mangels ausreichender Unterstützung.

Zum Schluß wird noch ein Antrag angenommen, wonach allen durch die Sturmkatastrophe am Sonnabend geschädigten Gewerbetreibenden mit einem Einkommen von unter 5000 Mark für den erlittenen Schaden durch Stadt, Staat und Wasserschadenversicherungsgesellschaft entschädigt werden sollen.

Dresden und Umgebung

Amerikanische Hygieniker in Dresden

Dresden, 6. Juli. Die offizielle Delegation der American Public Health Association, die sich auf einer Studienreise durch Europa befindet, weilte am Sonnabend in Dresden und wurde durch die Sächsische Staatsregierung, die Stadt Dresden und das Präsidium der Hygiene-Ausstellung nachmittags im Neuen Rathaus empfangen.

wesen ist. Durch einen Aufruf Pius XI. am 7. April 1925 war die ganze katholische Welt am Neubau der Gregoriana interessiert worden, und es kamen außer den großen Gaben des Papstes auch solche aus aller Welt dafür zusammen.

Zum fünften Male wohnt die Gregoriana ihren Sitz, seitdem sie durch den heiligen Ignatius und Franz von Borgia 1651 gegründet wurde. Zuerst war ihr Sitz nahe dem Kapitol, aber in so beengten Räumen, daß man bald nach dem Palazzo Francipani umziehen mußte.

Ehrgang Kurt Striegler. Kurt Striegler, der Kapellmeister der Dresdner Staatsoper, überlände dem Präsidenten der türkischen Republik Cazi Kemal Pascha eine Partitur seines Orchesterwerkes „Variationen über ein türkisches Dithyramb“, welches im vergangenen Januar zunächst eines Sinfonieorchesters der Staatsoper im Dresdner Opernhaus unter des Komponisten Leitung zur Aufführung gelangte.

iki?
8. Juli
der SPD
ung ab, in
h geküht
auf der
m s die
und mit
der Durch
demokra-
ent den
bekannte
ngsarund-
enen oder
ese Kisee
umstritten
teilen der
arbeit ge-
Wahl des
deuten.
Hermann
ieses Amt
teien der
an unter
äufig da-
Endes
ein, über
Klarheit
de Hand-
sitzung
1903 bis
ter über-
ums des
den Rich-
sächsischen
par, und
ein Man-
war 1923
in Mi-
munisten
ie dann
ffen
toerord-
se fern
en Ar-
shertigen
Da die
vorkämp-
um, sel-
u geneh,
berord-
schlaf-
führung
Die
beiden
den
Bemü-
ung der
sterfö-
gen, als
en wer-
de beim
ngelegt.
mandate
Juli.
Berlages
ki auf
te das
Ab-
ufdung
er Um-
n eines
in und
R
Juli
at beim
sch sich
An-
Berfol-
den im
rote ist
mbert,
a Ber-
sforti,
Schub-
altung
nfallen
chland
nd an-
Gebiete
ergriff,
in Alt-
tionen
arie
g des
höher
warm.